

Auszüge aus den Wahlprogrammen zur Landtagswahl in Rheinland-Pfalz 2026

THEMA	SPD	BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN	FDP	CDU	Freie Wähler
PFLEGE	Nicht erst die Corona-Pandemie hat gezeigt, wie dringend wir die Löhne und Arbeitsbedingungen des Pflegepersonals verbessern müssen. Wir setzen uns mit allem Nachdruck dafür ein, dass auf die vielen Worte endlich nachhaltige Verbesserungen für die Beschäftigten folgen.	<p>Pflegekräfte mit umfassender Ausbildung brauchen bessere Arbeitsbedingungen, angemessene Bezahlung und Aufstiegsmöglichkeiten. Wir fördern neue Ausbildungsmodelle wie Teilzeitausbildung und duale Formate sowie eine modulare Weiterbildung. Auch nichtärztliches Personal wie Advanced Practice Nurses soll mehr Verantwortung übernehmen können. Bei der Akquise von Fachkräften aus dem Ausland setzen wir uns für faire Anerkennungsverfahren, Sprachförderung und die Unterstützung durch Integrationslots:innen ein.</p> <p>Wir bekennen uns zur Pflegekammer als Vertretung der professionellen Pflege. Um deren Akzeptanz innerhalb der Berufsgruppe zu fördern, fordern wir gute Rahmenbedingungen, um die Erfüllung ihrer Aufgaben zu garantieren. Die Rahmenbedingungen für Weiter- und Fortbildungsangebote der Pflegefachpersonen müssen zwischen Pflegekammer, Land und Arbeitgeber abgestimmt werden.</p>	<p>Wir wollen die Pflege in Rheinland-Pfalz zukunftsorientiert und attraktiv gestalten. Pflegekräfte brauchen bessere Arbeitsbedingungen, mehr Eigenverantwortung und klare Karriereperspektiven.</p> <p>wollen wir Gesundheits- und Pflegereformen im Land regelmäßig evaluieren und bei Bedarf flexibel nachsteuern. Dabei setzen wir auf Transparenz, Bürgerdialoge und die enge Einbindung von Betroffenen, Fachkräften und Kommunen. Ein Landeskompotenzzentrum für Gesundheit und Pflege soll Forschung, Innovation und Vernetzung vorantreiben. Außerdem stärken wir Ausbildung und Studienplätze in den Gesundheits- und Pflegeberufen und schaffen gezielte Anreize, damit Fachkräfte in Rheinland-Pfalz bleiben.</p>	<p>Pflege darf kein Bürokratiemonster sein. Wir setzen uns für einfache Verfahren, digitale Dokumentation und eine deutliche Entlastung der Pflegekräfte ein. Gleichzeitig wollen wir die Anzahl der Pflege-Ausbildungsplätze um mindestens 25 Prozent steigern und die Pflegeschulen digital ausstatten. Denn Rheinland-Pfalz braucht eine Pflegeoffensive, die Ausbildung, Rückkehr in den Beruf und Fachkräftegewinnung gleichermaßen fördert. Ergänzend müssen wir attraktive Arbeitsbedingungen (einschließlich moderner Unterstützung von Robotik und KI) und gezielte Programme für Wiedereinsteigerinnen und Wiedereinsteiger schaffen. Mit der schnelleren Anerkennung ausländischer Abschlüsse und gezielten Anwerbungsprogrammen innerhalb der EU kann es uns gelingen, auch weitere Pflegekräfte zu uns zu holen.</p>	<p>Statt nur ausländische Fachkräfte anzuwerben, schlagen wir ein soziales Pflichtjahr vor, bei dem junge Menschen in sozialen oder anderen der Allgemeinheit dienenden Einrichtungen Erfahrungen sammeln und das System unterstützen.</p> <p>Pflegeeinrichtungen sollen durch eine einheitliche digitale Pflege- und Behandlungsdokumentation entlastet werden. Bis 2030 wollen wir den Papieraufwand halbieren und eine vollständige elektronische Dokumentation etablieren. Gesundheit-Apps, Telemedizin und eRezept können die Versorgung verbessern – doch Datenschutz und Datensicherheit müssen oberste Priorität haben.</p>
ARBEITSBEDINGUNGEN	<p>Wir erhalten die sehr guten Strukturen in unserem Land und entwickeln sie für die Zukunft weiter. Dazu gehört auch, dass wir die technischen Möglichkeiten der Digitalisierung nutzen, um für die Menschen, die auf Pflege angewiesen sind und diejenigen, die in der Pflege arbeiten, mehr Lebensqualität und bessere Arbeitsbedingungen zu schaffen.</p> <p>Wir wollen die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten in der Pflege nachhaltig verbessern. Wir wollen, dass die Personalschlüssel entsprechend verändert werden. Außerdem muss es einen einheitlichen und auskömmlichen Mindestlohn in den unterschiedlichen Pflege-Bereichen geben – wir setzen uns mit Nachdruck dafür ein.</p>	<p>Wir stellen uns entschieden gegen jede Form von Gewalt im Gesundheitswesen. Ärzt:innen, Pflegekräfte und Rettungsdienste brauchen Sicherheit, Respekt und gute Arbeitsbedingungen. Wir fördern Deskalationstrainings, Sicherheitskonzepte, sichere Arbeitsumgebungen und konsequente Strafverfolgung bei Übergriffen.</p> <p>Pflegekräfte mit umfassender Ausbildung brauchen bessere Arbeitsbedingungen, angemessene Bezahlung und Aufstiegsmöglichkeiten. Wir fördern neue Ausbildungsmodelle wie Teilzeitausbildung und duale Formate sowie eine modulare Weiterbildung. Auch nichtärztliches Personal wie Advanced Practice Nurses soll mehr Verantwortung übernehmen können. Bei der Akquise von Fachkräften aus dem Ausland setzen wir uns für faire</p>	<p>Pflegekräfte sollen Freiräume für Qualität statt Dokumentationspflichten erhalten.</p> <p>Digitale Assistenzsysteme und innovative Modelle wie „Pflege 4.0“ sollen den Alltag erleichtern und die Qualität sichern. Kommunale Pflegestrategien, transparente Qualitätsstandards und eine enge Verzahnung mit sozialen Diensten sorgen dafür, dass Pflege wohnortnah, verlässlich und menschlich bleibt. Zusätzlich bedarf es einer Reform der Pflegeausbildung, die moderne Anforderungen besser berücksichtigt. Die Vereinfachung von Anerkennungsverfahren für ausländische Pflegekräfte und finanzielle Anreize für Menschen, die in die Pflege einsteigen, sind weitere zentrale Maßnahmen, um den Fachkräftemangel zu beheben.</p>	<p>Ärztinnen und Ärzte sowie Pflegerinnen und Pfleger erhalten in diesen Praxiskliniken moderne, familienfreundliche Arbeitsbedingungen und flexible Arbeitszeitmodelle, damit die Gesundheitsberufe im Land attraktiv bleiben.</p> <p>Gute Versorgung braucht gutes Personal. Wir setzen uns für faire Arbeitsbedingungen, mehr Personal, flexible Dienstmodelle und bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein. Pflegekräfte, Ärztinnen und Ärzte, Therapeutinnen und Therapeuten und Hebammen bekommen mehr Zeit für Menschen und vergeben sie nicht für Bürokratie.</p>	<p>Der demografische Wandel verschärft den Fachkräftemangel in der Pflege. Statt nur ausländische Fachkräfte anzuwerben, schlagen wir ein soziales Pflichtjahr vor, bei dem junge Menschen in sozialen oder anderen der Allgemeinheit dienenden Einrichtungen Erfahrungen sammeln und das System unterstützen.</p> <p>Gleichzeitig brauchen Pflegekräfte bessere Bezahlung, familienfreundliche Arbeitszeiten und eine leistungsstarke Interessenvertretung.</p> <p>Pflegeeinrichtungen sollen durch eine einheitliche digitale Pflege- und Behandlungsdokumentation entlastet werden. Bis 2030 wollen wir den Papieraufwand halbieren und eine vollständige elektronische Dokumentation etablieren.</p>

THEMA	SPD	BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN	FDP	CDU	Freie Wähler
	Wir kämpfen auf der Bundesebene für einen Flächentarifvertrag Pflege. Wer sich nicht an Tarifverträge hält, soll kein Geld aus der gesetzlichen Pflegeversicherung mehr erhalten.	Anerkennungsverfahren, Sprachförderung und die Unterstützung durch Integrationslots:innen ein.			
SCHOOL HEALTH NURSE			Daher wollen wir zur Unterstützung von Schülerinnen und Schülern sowie Lehrkräften multiprofessionelle Teams an Schulen etablieren (unter anderem mit Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter, Schulpsychologinnen und Schulpsychologen, Schulkrankenpflegerinnen und Schulkrankenpflegern), die die Belastungen der Schulgemeinschaft auffangen und mildern können. Die physische und psychische Betreuung von Schülerinnen und Schülern entlastet die Klassenleitungen und ermöglicht den Klassengemeinschaften mehr Konzentration auf den Unterricht, während den Betroffenen eine niederschwellige Hilfe zur Verfügung steht. Die Lehrkräfte können sich mit beruflichen Belastungen an die Teams wenden.	Lehrkräfte, Sozialarbeit, Schulpsychologie und Schulassistenzen arbeiten künftig noch konsequenter und in allen Schulformen in multiprofessionellen Teams zusammen.	Wir fordern den flächendeckenden Einsatz von Schulgesundheitsfachkräften an allen rheinland-pfälzischen Grundschulen. Dies verbessert die gesundheitliche Versorgung der Schüler, entlastet Lehrkräfte und trägt zur Chancengleichheit bei.
PRIMÄR- VERSOR- GUNG	Wir setzen weiter auf regional differenzierte Ansätze und treiben alternative Organisations- und Versorgungskonzepte wie Gesundheitszentren oder Ärztegenossenschaften weiter voran. Gemeinsam mit allen Akteuren wollen wir die Pflegeinfrastruktur unsers Landes auf hohem Niveau weiterentwickeln. Wir wollen, dass unser Erfolgsmodell Gemeindeschwester plus in ganz Rheinland-Pfalz realisiert wird und präventive Hausbesuche zukünftig flächendeckend ermöglicht werden können.	Wir wollen das bereits im letzten Koalitionsvertrag vereinbarte Präventionsprojekt in Regionen mit geringer Lebenserwartung und hoher Krankheitslast praktisch umsetzen und das Konzept der Gesundheitskioske aufgreifen. Zur niedrigschwlligen ambulanten Versorgung wollen wir „Community Health Nurses“ einführen. Wir fördern nachbarschaftliche Netzwerke, Mehrgenerationenprojekte und neue Wohnformen wie Pflegewohngemeinschaften oder generationenübergreifende Wohnprojekte mit Pflegeleistungen im Bedarfsfall.	Mit niedrigschwlligen Präventionsangeboten in sozialen Brennpunkten, Programmen zur Stärkung psychischer Gesundheit und dem Ausbau digitaler Sprechstunden schaffen wir faire Zugänge. Telemedizinische Netzwerke verbessern die Betreuung chronisch Erkrankter – auch dort, wo ärztliche Versorgung bisher schwer erreichbar ist. Gleichzeitig sichern spezialisierte Fachkliniken die Nachsorge für Patientinnen und Patienten mit Langzeitfolgen von COVID-19. Wir wollen ein System, das präventiv statt reaktiv denkt. Gesundheit beginnt nicht erst im Krankenhaus, sondern im Alltag. Prävention, Bewegung, Ernährung und psychische Stabilität sind die Säulen eines modernen Verständnisses von Gesundheitsförderung. Wir setzen auf niedrigschwllige Angebote, Gesundheitsbildung und Resilienzförderung – besonders dort, wo Menschen Unterstützung brauchen.	In großen Landkreisen und Regionen, in denen Krankenhäuser in den vergangenen Jahren geschlossen werden mussten, unterstützen wir die Kommunen beim Ausbau von sektorenübergreifenden Praxiskliniken, die nach dem individuellen Bedarf und der gemeinsamen Planung von Landkreis und Land ausgerichtet werden. Diese Zentren können in unversorgten Regionen haus- und fachärztliche Angebote bündeln und bei Bedarf um passende Angebote erweitert werden, damit medizinische Hilfe auch außerhalb der regulären Sprechzeiten schnell erreichbar ist.	Wir fördern alternative Pflege- und Wohnformen wie Pflege-WGs, Mehrgenerationenhäuser und Pflegebauernhöfe.
KRANKEN- HÄUSER	Wir werden die Krankenhäuser im Land so ausstatten, dass eine wohnortnahe Versorgung auf qualitativ hohem Niveau in ganz Rheinland-Pfalz gewährleistet ist. Die Universitätsmedizin der Johannes Gutenberg-Universität Mainz nimmt als einzige hochschulmedizinische Einrichtung	Bund und Länder haben eine umfassende Krankenhausreform auf den Weg gebracht. Wir wollen die dafür nötigen Veränderungen in Rheinland-Pfalz schnellstmöglich umsetzen, mit dem Ziel, alle Menschen immer zur richtigen Zeit am richtigen Ort zu behandeln. Dort, wo jetzt schon eine Versorgungslücke besteht,	Die Krankenhausstrukturreformen unterstützen wir dahingehend, dass Patientinnen und Patienten die höchstmögliche Versorgungsqualität erhalten. Für ländliche Regionen setzen wir uns weiterhin für die Ausgestaltung sogenannter RegioKliniken ein, welche Alltagsnotfälle versorgen. Damit wird gewährleistet, dass	Unsere Krankenhäuser sind ein zentraler Pfeiler unserer medizinischen Versorgung. Rheinland-Pfalz braucht ein Krankenhauswesen, das Qualität sichert, aber auch wohnortnahe Strukturen erhält.	Wir wollen zudem wohnortnahe Grundversorgungskliniken stärken – statt alles auf Großkliniken zu verlagern. Investitionskosten müssen vollständig von Land und Bund getragen werden. Krankenhäuser müssen kostendeckend arbeiten können. Die Fallpauschalen

THEMA	SPD	BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN	FDP	CDU	Freie Wähler
	eine herausragende Rolle im Land ein. Wir werden die Universitätsmedizin Mainz weiter mit hohen Investitionsmitteln unterstützen.	Üsollen „Regiokliniken“ entstehen, die ambulante, stationäre und pflegerische Angebote vereinen.	planbare Eingriffe in Krankenhäusern mit entsprechender fachlicher und technischer Spezialisierung erfolgen, aber Notfälle adäquat versorgt werden		(DRGs) und Mindeststandards müssen so angepasst werden, dass kleine Kliniken im Land überleben und Ausbildungsplätze erhalten bleiben.
SOZIALVER- SICHERUNG		Wir wollen eine allgemeine Bürgerversicherung.			
GESUND- HEITSWE- SEN ALLGEMEIN	Wir wollen, dass sich die ambulanten und stationären Leistungserbringer in den Versorgungsregionen vernetzen. Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf der medizinischen Versorgung in unseren ländlichen Regionen,	Wir werden den Landeshitzeaktionsplan weiterentwickeln und wollen die Kommunen verpflichten, eigene Hitzeaktionspläne zu erlassen und umzusetzen. Wir wollen außerdem Klimaanpassungsmaßnahmen der gesundheitlichen Einrichtungen und klimaneutrale und klimaresiliente Krankenhäuser voranbringen und fördern.	Ausbau multiprofessioneller Teams ein. So können z.B. Physician Assistants oder medizinische Fachangestellte mit erweiterten Kompetenzen ausgestattet werden. Delegations- und Substitutionsregelungen sollten erweitert werden, damit nichtärztliches Personal mehr Aufgaben übernehmen kann und die Ärztinnen und Ärzte entlastet werden. Wir werden die Pflegekammer neu aufstellen. Sie soll eine transparente Interessenvertretung der Pflegerinnen und Pfleger sein, jedoch ohne Zwangsmitgliedschaft. Pflegekräfte sollen spüren, dass ihre Mitwirkung von Vorteil ist, aber sie sollen auch frei darüber entscheiden können, ob sie Mitglied sein wollen oder nicht. Für uns ist klar: Die Pflegekammer muss den Pflegerinnen und Pflegern dienen, nicht über sie bestimmen.	Pflege ist unverzichtbar für unsere Gesellschaft. Wer pflegt, verdient mehr als Applaus, und zwar faire Löhne und politische Unterstützung. Deshalb wollen wir eine Pflegepolitik, die Menschlichkeit mit Qualität und Zukunftssicherheit verbindet und damit als ganzheitlicher Ansatz wirkt. Pflege wird deshalb nicht länger über mehrere Ressorts verteilt. Wir bündeln alle Pflegezuständigkeiten innerhalb eines bestehenden Ministeriums, damit Entscheidungen schneller getroffen und Strukturen klarer organisiert sind.	Gleichzeitig müssen ambulante Leistungen fair vergütet und Weiterbildungsoffensiven in Mangelberufen besser bezahlt werden – wer ausbildet, darf nicht draufzahlen.
GESUND- HEITSFOR- SCHUNG		Wir wollen auch die Erforschung und Behandlung von Long Covid und ME/CFS vorantreiben.	Frauengesundheit soll dauerhaft als fester Bestandteil unserer Gesundheits- und Forschungspolitik verankert werden. Dazu werden wir die Gender-Health-Forschung an Hochschulen und Universitätskliniken gezielt ausweiten, um frauenspezifische Erkrankungen wie Endometriose oder Lipödem sowie geschlechtsspezifische Unterschiede bei Herzinfarkten und rheumatischen Erkrankungen besser zu erforschen und wirksamer behandeln zu können.		Altersforschung und Gero Medizin zielen darauf ab, den Alterungsprozess zu verstehen und chronische Krankheiten zu vermeiden. Rheinland-Pfalz soll sich an einem bundesweiten Forschungsverbund zur Biologie des Alterns beteiligen. Wir fordern ein Kompetenznetzwerk Gero Medizin, das Kliniken, Forschungseinrichtungen und Hausarztpraxen vernetzt. Präventionsprogramme, moderne Diagnostik und die Einbindung altersmedizinischer Schwerpunkte in die medizinische Ausbildung (gerade in unserer alternden Gesellschaft) sichern gesunde Lebensjahre.